

Der Ablenkung als Unfallursache wird wieder der Kampf angesagt

Mit der Kampagne «Lenken statt Ablenken» will die Bündner Polizei auch diesen Herbst wieder sämtliche Verkehrsteilnehmer sensibilisieren. Es werden Kontrollen durchgeführt und Info-Flyer verteilt.

► SEREINA GIGER

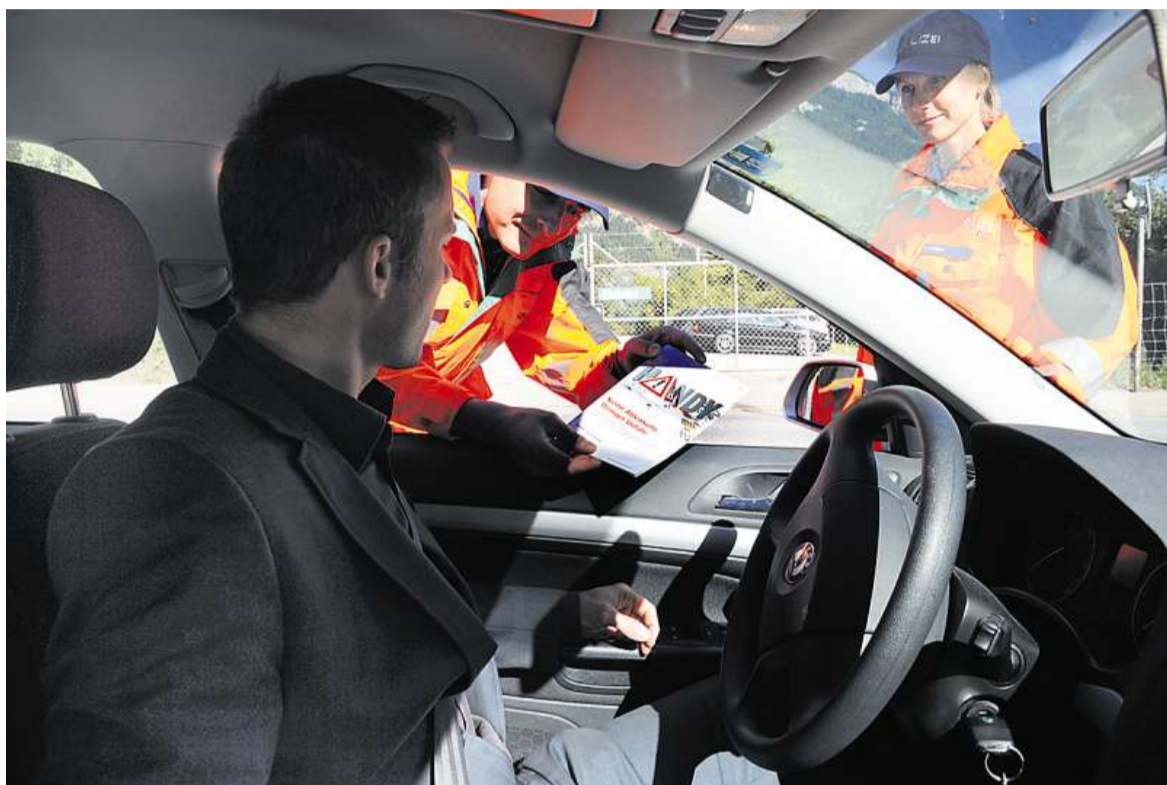
R

Rund jeder dritte Verkehrsunfall im Kanton Graubünden wird durch Ablenkung oder Unaufmerksamkeit verursacht. Sie bilden nebst unangepasster Geschwindigkeit und Alkohol am Steuer die Hauptursachen für Verkehrsunfälle. Die Sicherheitskampagne «Lenken statt Ablenken» will dies bekämpfen. Im Jahr 2009 wurde sie von der Kantonspolizei Zürich, der Stadtpolizei Zürich und den Zürcher Gemeinden gestartet. Waren es letztes Jahr noch 13, so beteiligen sich laut einer Mitteilung heute schon 19 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein an der Kampagne.

Verlangsamte Reaktionszeit

«Auf dem Weg hierhin habe ich zwei Autolenker und einen Lastwagenchauffeur am Handy gesehen», berichtete der Kommandant der Stadtpolizei Chur, Ueli Caluori, an der gestrigen Medienkonferenz der Kantonspolizei Graubünden und der Stadtpolizei Chur. Zielgruppe seien jedoch nicht nur Fahrzeuglenker, sondern sämtliche Verkehrsteilnehmer, betont Caluori.

Nebst dem Mobiltelefon sorgen laut der Polizei auch Navigationsgeräte, Musikanlagen, Essen und Trinken, Rauchen und emotionale Gespräche für Unaufmerksamkeit. Infolge Ablenkung nehmen Lenker



Verstärkte Verkehrskontrollen: Im Rahmen der Kampagne «Lenken statt Ablenken» informiert die Polizei die Verkehrsteilnehmer über die Gefahren der Ablenkung. (FOTO THEO GSTÖHL)

gefährliche Situationen später wahr und reagieren langsamer. «Die Reaktionszeit infolge Ablenkung kann mit jener verglichen werden, die ein Blutalkoholwert von 0.8 Promille verursacht», erklärte die Verkehrschefin der Kantonspolizei, Barbara Hubschmid.

Hohe Strafen für Essen und Lesen

Jedes Verkehrsvergehen wird von den Ordnungshütern individuell beurteilt. So spielen unter anderem die Geschwindigkeit, die Dauer der

Ablenkung oder die Sichtverhältnisse eine Rolle. Wer beispielsweise während des Lenkens ohne Freisprechanlage telefoniert, erhält, sofern nur geringes Gefahrenpotential vorliegt, eine Ordnungsbuss von 100 Franken. Schwerwiegenere Vergehen, wie das Lesen von Lieferscheinen oder das Essen im Fahrzeug haben eine höhere Geldstrafe zur Folge. Die Beweissicherung ist nicht immer einfach. An Meldekontrollstellen werden Autofahrer fotografiert. Dabei komme es vor, dass

Personen, die eine Kontrollstelle passierten und später von der Polizei angehalten würden, ihr Vergehen abzustreiten versuchen, sagt Martin Rageth von der Kantonspolizei.

Nichts abstreiten muss, wer den Empfehlungen der Polizei (Flyer, Plakate und Filme) Folge leistet und ganz auf das Telefonieren im Fahrzeug verzichtet oder dies nur mit Freisprechanlage tut. Alle anderen Ablenkungsquellen gilt es im stehenden Auto zu nutzen.



Staus auf dem San Bernardino erhitzten die Gemüter im Misox. (FOTO BT-ARCHIV)

Mehr Verkehr, längere Staus

Bei Staus am Gotthard wird Autofahrern die **San-Bernardino-Route** als **Ausweichstrecke** empfohlen. Zum Ärger der Misoxer Bevölkerung.

Der Verkehr auf der Nationalstrasse A13 nimmt seit Jahren zu. Insbesondere an jenen Wochenenden, an denen via Radio wegen Staus vor den Portalen des Gotthardtunnels die Ausweichroute über den San Bernardino empfohlen werde, sei das Verkehrsaufkommen «fast nicht mehr zu bewältigen». Dies hält die Bündner Regierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage von Grossrat Mirco Rosa (FDP, Lostallo) fest. Durch den Stau am Gotthard verlagere sich der Verkehr auf die A13 und zwangsläufig würden sich auch dort «Kolonnen von mehreren Kilometern Länge» bilden. Rosa nannte in seinem Vorstoss Staulängen von 20 Kilometern – Angaben, denen in der regierungsrätlichen Antwort nicht widersprochen werden. Für Rosa ist es unverständlich, dass die Automobilisten via Radio auf die San-Bernardi-

no-Route umgeleitet werden, wenn auch dort «Staulängen von 20 Kilometern und mehr» vorliegen.

Kantonsstrasse bleibt tabu

Die Regierung ist sich bewusst, dass die Lärmbelastung und die Luftqualität in Zusammenhang mit dem Verkehr auf der A13 bei der einheimischen Bevölkerung ein Dauerthema sind. Um die Situation zu entschärfen, sei die Kantonspolizei in Kontakt mit dem für die Nationalstrassen zuständigen Bundesamt für Strassen. Die Einflussmöglichkeiten seien aber gering, da Nationalstrassen Bundessache seien. Um ein besseres Verkehrsmanagement auf der Gotthard- und San-Bernardino-Route zu erreichen, werde Regierungsrat Christian Rathgeb bei nächster Gelegenheit aber bei den zuständigen Stellen in Bern eben-

falls auf die Problematik aufmerksam zu machen, heisst es in der Antwort.

Kein Thema ist für den Kanton die Öffnung der Kantonsstrasse, um die Nationalstrasse zu entlasten. Die Kantonsstrasse diene an solchen Tagen als Rettungssache und müsse deshalb freigehalten werden. Ein Problem stellt aber auch das Sicherheitskonzept für den San-Bernardino-Tunnel dar. Bei Bränden im Tunnel ist die Feuerwehr in San Bernardino zuständig, die aber auch für das Gebiet bis zur Burg Mesocco zuständig ist.

Kommt es zu einem solchen Einsatz in dieser Region, wird automatisch der San-Bernardino-Tunnel gesperrt, weil die örtliche Feuerwehr bei einem allfälligen Notfallereignis im Tunnel ja nicht mehr verfügbar wäre. CHRISTIAN BUXHOFER

Kohle-Initiative: Regierung ordnet Nachzählung an

ABSTIMMUNG Die Bündner Regierung hat wie erwartet eine Nachzählung der kantonalen Abstimmung vom letzten Sonntag über die hauchdünn angenommene Volksinitiative gegen die Kohlekraft angeordnet. Dazu muss das Stimmmaterial aus den 158 Gemeinden zur Standeskanzlei nach Chur transportiert werden, wie diese gestern in einer Mitteilung geschrieben hat.

Vertreter des Initiativkomitees haben die Möglichkeit, der Nachzählung beizuwohnen. Die Zählung erfolgt von Amtes wegen aufgrund des Gesetzes über die politischen Rechte. Gemäss Gesetz muss nachgezählt werden, wenn beim Gesamtergebnis einer Abstimmung die Differenz zwischen den Ja- und Nein-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der gültigen Stimmzettel beträgt. Diese Differenz betrug am Sonntag bei der Stichfrage 124 Stimmen, bei einem Schwellenwert von 147 Stimmen.

Angenommen worden sind sowohl die kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» mit 56 Prozent als auch der Gegenvorschlag des Grossen Rates, «Keine neuen Investitionen in Kohlekraftwerke, sofern der CO₂-Ausstoss nicht wesentlich reduziert werden kann», mit einer Mehrheit von 60 Prozent.

Die Initiative zwingt den Bündner Stromkonzern Repower, aus dem Projekt eines Kohlekraftwerks im süditalienischen Saline Joniche auszusteigen. Der Gegenvorschlag würde den Bau des Kraftwerkes erlauben. (SDA)

Tujetsch für Andermatt

Der Bund hat beim **Nationalen Schneesportzentrum** die Qual der Wahl. Seit gestern ist auch die **Kandidatur Andermatt** offiziell.

WINTERSPORT Erwartungsgemäss bewirbt sich nun auch Andermatt als Standort für das vom Bund geplante Nationale Schneesportzentrum. Pikant: Die Urner bekommen Rückendeckung aus Graubünden. Das Gesuch an das Bundesamt für Sport ist auch von der Gemeinde Tujetsch unterzeichnet worden, wie die Urner Regierung gestern bekannt gab. Diese Unterstützung ist aufgrund der immer enger werdenden Zusammenarbeit der beiden Gemeinden und der geplanten Skigebietsverbindung Sedrun/Andermatt naheliegend. Allerdings werden dadurch die drei offiziellen Kandidaturen aus Graubünden etwas geschwächt.

Das von der Urner Exekutive nun verabschiedete Bewerbungsdossier für den Standort Andermatt ist nebst den Gemeinden Andermatt und Tujetsch auch von den Urner Gemeinden Hospental und Realp mitunterzeichnet worden. Der Urner Regierungsrat sei überzeugt, dass sich Andermatt als Standort für das geplante Nationale Schneesportzentrum «sehr gut» eigne, heisst es in der Mitteilung.

Sieben Bewerber insgesamt

Der Kanton Graubünden hat beim Bund drei Bewerbungen für die Realisierung eines Nationalen Schneesportzentrums eingereicht. Mit dem «Dreierticket» Davos, Engadin/S-chanf und Lenzerheide würden sich die grössten Erfolgchancen für Graubünden bieten, argumentierte die Bündner Regierung letzte Woche. Der Kanton Obwalden steigt mit Engelberg ins Rennen, der Kanton Bern mit Grindelwald und das Wallis mit Fiesch.

Mit dem Projekt «Nationales Schneesportzentrum» verfolgt der Bund mehrere Ziele. Zum einen sollen für Schulen optimale Voraussetzungen für die Durchführung von preiswerten Schneesportlagern geschaffen werden. Zum anderen sollen Aus- und Weiterbildungskurse im Bereich Schneesport durchgeführt werden. Und schliesslich soll das Nationale Schneesportzentrum auch den Ansprüchen des Leistungssports dienen. Der Betrieb des Zentrums soll sich nicht auf den Winter beschränken, sondern ganzjährig aufrechterhalten werden. Ende Mai wurden die Kantone eingeladen, sich im Rahmen eines klar definierten Verfahrens für mögliche Standorte zu bewerben. Diese Frist läuft Ende September ab. Mit einer Entscheidung wird frühestens Ende Jahr gerechnet. (CB)

Kein Bach, kein Geld: Ist jetzt Disentis an der Reihe?

ÖKOLOGISCHE KOMPENSATION Nachdem sich die Gemeinde Sumvitg am Abstimmungswochenende entschieden hat, den Dorfbach durch Surrein nicht wiederzubeleben, stellt sich jetzt die Frage, wie die 2,57 Millionen Franken Kompensationsbeitrag zum Ausbau des Kraftwerks Russein ansonsten genutzt werden sollen. Nach dem Sumvitger nein stehen die Chancen laut Walter Deplazes, Ingenieur und Verfechter des Dorfbach-Projekts durch Surrein, gut, dass die Gelder in das Projekt mit zweiter Priorität und damit in die Gemeinde Disentis fliesen. Das Projekt sieht die Teilrenaturierung des Rheins in Fontanivas bei Disentis inklusive neuer Brücke als Verbindung zu Sondurigt vor.

Francesco Cajacob, Gemeindepräsident von Disentis, erklärt gegenüber der romanischen Tageszeitung «La Quotidiana»: «Das Projekt ist vorhanden und es besteht bereits eine erste grobe Kostenberechnung.» Die geschätzten Kosten belaufen sich momentan auf 1,84 Millionen Franken. Cajacob ist zudem überzeugt, dass eine Teilrenaturierung die Attraktivität von Fontanivas steigern würde. Ausserdem sei die Brücke bei Sandurigt der Gemeinde Disentis schon lange ein Dorn im Auge. Cajacob erklärt: «Sie ist in den letzten Jahren verschiedene Male grossen Fluten zum Opfer gefallen.»

Um die Idee konkretisieren zu können, müsse so bald wie möglich mit der detaillierten Planung begonnen werden. Denn die ökologischen Kompensationsmassnahmen müssen bis spätestens 2015, also bis das Kraftwerk Russein wieder in Betrieb genommen wird, fertig sein. Ist dies nicht der Fall, fliessen die Gelder in den Umweltfonds des kantonalen Amtes für Natur und Umwelt und werden einem Projekt ausserhalb der beiden Kraftwerks-Gemeinden Sumvitg und Disentis gutgeschrieben. Ob das Projekt in Fontanivas den Anforderungen des Kantons entspricht will die Gemeinde gemeinsam mit der Axpo, Hauptaktionärin des Kraftwerks Russein, abklären. (BT)